

08.05.2018

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.11)

Herr Senator Grote trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/1138, betreffend

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Rettungsdienstes,

vor.

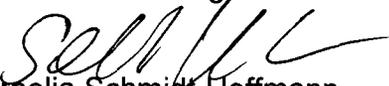
Der Senat nimmt den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Rettungsdienstes zur Kenntnis und fasst folgenden Beschluss:

1. Die Behörde für Inneres und Sport wird beauftragt, diesen Entwurf den Verbänden zur Stellungnahme zuzuleiten.
2. Die Senatskanzlei wird beauftragt, dem Direktor der Bürgerschaft diesen Entwurf mit der Bitte um Kenntnisnahme und Weiterleitung an die Präsidentin der Bürgerschaft und die Geschäftsstellen der Fraktionen zu übermitteln.

Gr. Verteiler



Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann

Berichterstattung:
Senator Grote
Staatsrat Krösser

TOP I. M
Entwurf

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2018/01138
vom: 27.04.2018

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Rettungsdienstes

A. Zielsetzung:

Das im Wesentlichen seit 1992 unveränderte Hamburgische Rettungsdienstgesetz ist an zwischenzeitliche Entwicklungen anzupassen. Gleichzeitig soll eine zeitgemäße Struktur des Rettungsdienstes in Hamburg geschaffen werden.

B. Lösung:

Neufassung des Hamburgischen Rettungsdienstgesetzes

C. Auswirkungen auf den Haushalt:

Durch die Notwendigkeit der Durchführung der Beachtung vergaberechtliche Bestimmungen oder der Einhaltung vergleichbarer transparenter Verfahren bei der Einbeziehung Dritter in die staatliche Notfallrettung können sich für den Haushalt Mehrbelastungen ergeben, deren Höhe sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht im Einzelnen quantifizieren lässt. Entstehende Mehrkosten werden aus im Einzelplan 8.1 zur Verfügung stehenden Mitteln ausgeglichen.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage:

Zusätzlicher Aufwand wirkt sich über die Ergebnisrechnung mindernd auf das Eigenkapital der FHH aus.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen:

Mit der Neuregelung der Notfallregelung als umfassende staatliche Ordnungsaufgabe der zuständigen Behörde könnten sich für die privaten Rettungsdienstunternehmen durch die Notwendigkeit, sich an Vergabe- oder vergleichbaren Verfahren zu beteiligen, zusätzlicher finanzieller Aufwand ergeben, dessen Höhe sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht im Einzelnen quantifizieren lässt. Dieser Aufwand würde ggf. durch die im Beauftragungsfall gegebenen Einkommensmöglichkeiten für die Rettungsdienstunternehmen kompensiert werden.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Bürokratieabbau
- Inklusion
- Gleichstellung

Keine.

G. Alternativen:

Weiterbestehen zwischenzeitlich erkannter Regelungslücken im Hamburgischen Rettungsdienstgesetz und Fehlen geeigneter Steuerungsinstrumente zur Sicherstellung eines zeitgemäßen und effektiven Rettungsdienstes.

H. Anlagen:

Gesetzentwurf